

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11600 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

Polnisch-französische Zusammenstöße

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Oppeln, 3. Juni.

In Rattowitz ist es zu Zusammenstößen zwischen Polen und Franzosen gekommen. Letztere hatten von Bogutisch her einen großen Lebensmitteltransport für die Rattowitzer Besatzung herangefahren. An der Barrikade der Insurgenten an der Stadtgrenze wurde der Transport aufgehalten. Als die Franzosen einige Schreckschüsse abgaben und damit keinen Erfolg erzielten, griff die Rattowitzer Besatzung durch die Friedrichstraße ein. Die Barrikaden wurden gestürmt, die Franzosen folgten den Insurgenten und hoben in Bogutisch das polnische Standquartier aus. Es wurden etwa 20 Insurgenten gefangen und nach Rattowitz abtransportiert. Die Besatzung folgte eine Säuberungsaktion in sämtlichen Nebenstraßen an der Grenze von Bogutisch. Hierbei kam es zu einem lebhaften Feuergefecht zwischen Insurgenten und Franzosen, in das die Insurgenten von der Ferdinandsbrücke her eingriffen. Daraufhin eröffneten die Besatzungstruppen Maschinengewehrfeuer und waren binnen kurzem Herren der Lage. Um 17 Uhr war in Rattowitz Ruhe. Sämtliche Gastwirtschaften wurden geschlossen. Bei den Schießereien wurden mehrere Leute aus dem Publikum verletzt, darunter eine Frau tödlich. In der Nacht feuerten die Insurgenten von Jalence Minen auf die Stadt ab.

In Beuthen scheint die Krise ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das deutsche Plebiszitkommissariat, das jetzt seine Notstelle in Oppeln hat, richtete einen Antrag an die S. R., bewaffnete Deutsche zum Schutz von Beuthen zuzulassen und die 70 Kpomisglieder, die sich in Beuthen befinden, und noch nicht bewaffnet worden sind, neu zu bewaffnen. Zur Begründung wird folgendes hervorgehoben:

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, den 28. Mai, unternahmen die Insurgenten in Nordosten durch die Friedrichstraße einen tief in das Weichbild der Stadt eindringenden Einfall. Französisches Militär trat in zu geringer Anzahl und viel zu spät auf. In dieser äußersten Gefahr für die Stadt zeigte sich eine bewaffnete Gegenwehr der deutschgesinnten Bürger, die mit eigener Waffe und auf eigene Faust die Eindringlinge abwehrten und zurückwarfen. Wir stellen fest, daß diese Erscheinung in Beuthen am 28. Mai, also 26 Tage nach Ausbruch der Rebellion, als organisierte Notwehr aufgetreten ist.

Am Mittwoch, dem 1. Juni, früh, brangen die Insurgenten im Südosten der Stadt durch die Krakauer und durch die Dnygosstraße mitten in das Herz der Stadt ein, um 1/2 8 Uhr waren sie Ecke Krakauer und Kludowitzer Straße, um 10 Uhr auf dem Kaiserplatz, der als Mittelpunkt der Stadt bezeichnet wird. Auf der Dnygosstraße und der Goststraße wurden sehr viele Geschäfte geplündert. Gegen 12 Uhr kam französisches Militär, das aber in keiner Weise mit der Waffe einschritt, vielmehr mit den Insurgenten parlierte und sie aus der Stadt ganz langsam hinauskomplimentierte. Gegen 6 Uhr standen die Insurgenten immer noch auf der Krakauer Straße, Ecke Kludowitzer Straße. Einer der Plünderer ging mit einem großen Paket geplündeter Sachen unter dem linken Arm, mit dem Gewehr im rechten Arm, an einem französischen Soldaten vorüber, salutierte und sagte: „Nicht heimtückisch, Insurgent!“ Der Soldat ließ den Insurgenten unbehelligt.

In Rattowitz haben sich die Polen in den Besitz des Bahnhofes gesetzt. General De Vrombes erklärte in einer Verammlung der polnischen Eisenbahner in der Kaserne: „Durch die Böswilligkeit und Unfähigkeit der Deutschen ist der Eisenbahnverkehr nicht aufgenommen worden, und so übergebe ich den Bahnhof den Polen.“ Darauf wurde der Bahnhof Sarnowitz gestern von den Insurgenten besetzt.

Die Stadt Pleß wurde in der Nacht zum 2. Juni überfallen. Die Insurgenten verschleppten eine Anzahl deutscher Bürger, ohne daß die in der Stadt stehende Eskadron französischer Dragoner Widerstand leistete. Der italienische Kreisinspektoren, Oberst Caricati richtete ein Ultimatum an die Insurgenten, in dem er das sofortige Verlassen der Stadt und die Freilassung der Gefangenen forderte. Darauf rückten die Insurgenten heute früh wieder ab. Der größte Teil der verschleppten Bürger ist bereits zurückgeführt.

Ein Teil der Insurgenten löst sich in plündernde Bänden auf. Trotzdem kann nicht davon gesprochen werden, daß die Kampfhandlungen nachlassen. Soeben von einer Reise an die oberschlesische Nordfront zurückgekehrt, kann ich bestätigen, daß heute den ganzen Tag über polnische Artillerie von Zembowitz die deutschen Stellungen mit Feuer belegte und daß auch in der Nähe von Landsberg dauernd Gewehrfeuer zu hören ist.

Oppeln, 3. Juni. (W. L. B.)

Im Kreis Oppeln mußte Turawa von den Deutschen Verteidigern geräumt werden, die 4 Tote

und 6 Verwundeten zu beklagen hatten. Im Kreis Groß-Strehlitz wurde Slawa durch einen polnischen Panzerzug vom Bahnhof Schymischow aus und durch Artillerie der Ausländischen stark beschossen. Besonders heftige Angriffe, die ebenfalls durch polnische Artillerie vorbereitet und unterstützt wurden, richteten die Insurgenten gegen die deutschen Verteidiger östlich des Annaberges. Die heftigen Nachstöße der Ausländischen scheiterten völlig. Die Vorstöße wurden heute morgen mit starken Kräften wiederholt. Sie endeten gleichfalls mit einem Mißerfolg der Insurgenten. Lebhafteste Kampfaktivität auch im Kreise Kosel. Bei Brzesk und Gregorzow im Kreis Ratibor

versuchten die Polen, über die Oder vorzubringen. Sie wurden zurückgeschlagen. Im Kreise Rosenburg wird von den polnischen Aufzählern nach wie vor geplündert. Ein weiteres Vordringen der englischen Truppen bei Stambendorf ist immer noch nicht erfolgt.

Korfanty hat die staatliche Bergwerksdirektion Sindenburg unter Zwangsverwaltung genommen und an ihre Spitze einen Warschauer Nationalpolen namens Stelowiez gestellt. Es ist charakteristisch, daß dieser Herr bis zum Ausbruch des Aufstandes Leiter des Staatlichen Kohlenamtes in Warschau war!

Der Kampf um die Mehrheitsbildung.

Kritische Zuspitzung.

Im Reichstag wehte gestern Krisenluft. Die demokratische Fraktion hatte am Donnerstag gedroht, aus der Regierung und der Koalition auszutreten, wenn die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu der Tagesordnung der Koalition nicht zu gewinnen sein sollte. Diese Drohung war ganz offiziell durch den Fraktionsvorsitzenden der Demokraten dem Reichstanzler gegenüber ausgesprochen worden, und sie war wohl die Veranlassung, daß der Reichstanzler gestern den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei zu einer Besprechung gebeten hatte. Diese Besprechung hat eine Meinungsänderung der Deutschen Volkspartei nicht herbeizuführen vermocht. Das mag den Führer der Demokraten, den Abgeordneten Petersen, auf den Gedanken gebracht haben, seine Rede zur Regierungserklärung als Gelegenheit zu benutzen, um von der Tribüne des Reichstages herab einerseits an die Deutsche Volkspartei zu appellieren, sich der Mitarbeit an dem Programm der Erfüllung nicht zu versagen, andererseits die breite Basis für das Kabinett dadurch zu schaffen, daß ein Teil der Gegenläufer zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokraten gemindert, die beiden widerstrebenden Parteien einander nähergebracht werden.

Der Gedanke war gut und hätte, mit Glück und Geschick zur Ausführung gebracht, das Ziel vielleicht nicht verfehlt. Aber der demokratische Parteiführer hatte gestern keinen glücklichen Tag. Er hatte es sicherlich gut gemeint, als er den Sozialdemokraten wegen ihrer schroffen Ablehnung eines Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei die Leiden las. Es war sicherlich ebenso gut gemeint, wenn er die Deutsche Volkspartei daran erinnerte, daß sie sich bisher eine „Partei des Wiederaufbaus“ genannt habe und daß sie deshalb an diesem Wiederaufbau mitarbeiten müsse. Aber es war psychologisch nicht sehr glücklich, wenn Abg. Petersen, um die Deutsche Volkspartei den Sozialdemokraten annehmbarer zu machen, entschuldigend versicherte, daß der Monarchismus der Deutschen Volkspartei eine „Schaufensterpuppe“ sei, ebenso wie für die Sozialdemokraten der Sozialismus.

Vorher hatte Abg. Stresemann für die Deutsche Volkspartei sehr zurückhaltend, sehr gemäßigt gesprochen, an dem Programm des Kanzlers zwar Kritik geübt, aber mit einer durchaus maßvollen Sachlichkeit, und zum Schluß zwar die oppositionelle Haltung seiner Fraktion gegenüber dem Kabinett festgestellt, jedoch unter Vermeidung jeder Schroffheit und mit dem Hinzufügen, daß die Partei abwarten und von Fall zu Fall sich über ihr Votum schlüssig werden wolle. Nach der Rede Stresemanns sah man noch eine Möglichkeit durch eine etwas abgeänderte Formulierung der Tagesordnung, die die Deutsche Volkspartei mit der Koalition auf eine Linie zu bringen. Nach der Rede Dr. Petersens schien nicht nur diese Möglichkeit verflüchtigt, sondern die Regierungskoalition selbst ernsthaft bedroht. Die Sozialdemokraten schienen, durch die Rede Petersens verlegt, Miene zu machen, den Koalitionsparteien die Freundschaft aufzukündigen. Soweit ist es gestern allerdings nicht gekommen, aber die Freundschaft hat einen ernstlichen Riß bekommen.

Was endlich als Ergebnis der politischen Debatte herauskommen wird, steht endgültig noch nicht fest. Da die Unabhängigen gestern nahezu einstimmig beschlossen haben, für die Tagesordnung der Koalition zu stimmen, die Demokraten aber eine Mehrheit mit den Unabhängigen und ohne die Deutsche Volkspartei nicht wünschen, wird man vielleicht zu dem Ausweg greifen, auf eine Tagesordnung für die Regierung überhaupt zu verzichten und sich damit zu begnügen, das Mißtrauensvotum der Deutschen Nationalen abzuwehren.

Diese Ablehnung würde mit allen gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und Kommunisten erfolgen, so daß das Kabinett Wirth eine große, von der Volkspartei bis zu den Unabhängigen reichende, freilich nur negative Mehrheit hätte.

Die „Sozialistische Korrespondenz“ beantwortet die Rede Petersens in der unfreundlichsten Form. Sie erklärt, wenn die

Demokraten aus dem Kabinett ausscheiden wollten, bleibe nur der Weg der Reichstagsauflösung. Vielleicht erspare dann das deutsche Volk den Demokraten die weitere peinliche Verlegenheit, ohne die Deutsche Volkspartei leben zu müssen, indem es bei den Neuwahlen die Demokraten unter Fraktionsstärke herabschlebe. Von dem Kanzler Dr. Wirth und seinen Mitarbeitern sei die Entschlossenheit zu erhoffen, nicht zurückzutreten, sondern nötigenfalls an die Wähler zu appellieren.

Der Kanzler über die Ausfuhrabgabe.

Im Verlauf der gestrigen Reichstagsverhandlung, über die in der ersten Beilage berichtet wird, gab der Reichstanzler Dr. Wirth folgende Erklärung über die Ausfuhrabgabe:

„Gewiß ist die Ausfuhrabgabe nur eine Indeziffer. Aber diese Indeziffer wird hernach die Grundlage deutscher Zahlung sein. Solange wir die Größe der Verpflichtung, die aus dieser Indeziffer hervorgehen kann, nicht kennen, ist es außerordentlich schwer, eine äquivalente Indeziffer an die Stelle zu setzen. Ich glaube, die Gelehrten aller Länder, die Wirtschaftskundigen aller Nationen werden sich möglichst bald dahin einigen müssen, wie man überhaupt eine solche Indeziffer finden kann. Bei uns sind die Arbeiten im Gange, und ich meine, ehe diese Arbeiten abgeschlossen sind, ist ein Grund zur Beunruhigung in den Kreisen von Handel und Industrie nicht vorhanden. (Zuruf von der Dtsch. Volksp.: Langfristige Verträge!) — Gewiß, ich habe aber, weil Sie betonen: langfristige Verträge, allen Anlaß, noch einmal auf unsere amtliche Rundgebung zu verweisen, wo wir gesagt haben:

„Als sicher kann jedoch gesagt werden, daß diejenigen Beträge, die in Zukunft von einzelnen Ententestaaten vom Ausfuhrgegenwert der deutschen Ausfuhr erhoben werden, den Exporteuren durch das Reich in Papiermarken erstattet werden. Die technische Durchführung der Auszahlung setzt aber noch einige vorbereitende Verhandlungen voraus, nach deren Abschluß mit der Auszahlung begonnen werden wird. Der Beginn der Auszahlung wird seinerzeit öffentlich bekannt gemacht werden. Auch im übrigen besteht für die an der Ausfuhr beteiligten Wirtschaftskreise kein Anlaß, bei ihren geschäftlichen Maßnahmen Zurückhaltung zu üben: denn soweit es in Ausführung des Ultimatums etwa erforderlich sein sollte, auch deutscherseits einen Teil der Ausfuhrgegenwerte zu erfassen, werden diese Beträge in Papiermarken zurückerstattet werden.“

So ist also diese Sicherheit zunächst gegeben. Es kommt noch ein dritter Punkt:

„Ob und inwieweit die Reichsregierung bei Aufstellung des Programms für die innere Finanzierung der dem Reich aus dem Ultimatum erwachsenden Lasten Ausfuhrabgaben in Vorschlag bringen muß, wird zurzeit eingehend geprüft. Es werden aber, ähnlich wie dies seinerzeit bei der sogenannten sozialen Ausfuhrabgabe geschehen ist, für eine den geschäftlichen Bedürfnissen entsprechende Uebergangszeit solche Ausfuhrabgaben von der etwaigen neuen Ausfuhrabgabe freigelassen werden, die vor Inkrafttreten der Abgabe in handelsüblicher Weise und mit handelsüblichen Fristen abgeschlossen worden sind.“

Es war wichtig, das zu wiederholen, um diese Uebergangszeit zu kennzeichnen und zu veranlassen, daß keine Beunruhigung über diese Uebergangszeit entstehen kann.

Ich sprach davon, wie man dauernd diese Sache behandeln muß. Das Wort „dauernd“ ist in meiner Rede eingeflochten gewesen. Seiten wir uns doch klar, daß bei einer Hebung des Exportes zu großen gewaltigen Ziffern in diesen 26 Prozent der schwerste Teil des Ultimatums liegt, weil die innere Verdaulichkeit für das deutsche Budget, da dieser Faktor variabel ist, eine ganz ungeheuerliche Aufgabe darstellt. Deshalb ist die Frage der dauernden Mittelbeschaffung durch den Export schließlich selbst oder eines Teils durch den Export oder eine Art Umlage, sei es in irgend einer Form, die man Syndikaten zuweisen kann, eine Frage von entscheidender Bedeutung für das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands. Es wäre falsch, daraus die Beunruhigung ableiten zu wollen, als ob jetzt die Bewegung zum Abschluß von Verträgen gehemmt werden solle. Die dauernde Einstellung ist die Hauptfrage, und der wollen wir uns in den nächsten Tagen